



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/9839, 17/10649

Reichsparteitagsgelände Nürnberg

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bis spätestens Ende April 2016 schriftlich und mündlich zu berichten, welche konzeptionellen und finanziellen Beiträge sie zu den aktuellen Planungen im Hinblick auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg erbringt bzw. erbringen will.

Dabei soll sie insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- Welche historische und erinnerungspolitische Bedeutung misst die Staatsregierung dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg bei?
- Welche Position vertritt sie in der Frage, ob und in welcher Form die einzelnen Bestandteile des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes, wie z.B. die auffällige Zeppelintribüne bzw. das Zeppelfeld, erhalten werden sollen?

- Welches erinnerungspolitische Ziel will die Staatsregierung durch Erhalt bzw. Gestaltung und Präsentation des Geländes erreichen und wie fügt sich das in den Kontext der sonstigen Planungen im Bereich der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ein?
- Inwiefern ist die Staatsregierung über die aktuellen Planungen der Stadt Nürnberg bzgl. des künftigen Umgangs mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände informiert und darin einbezogen?
- Wie ist die Bundesregierung in diese Planungen der Stadt Nürnberg einbezogen?
- Inwiefern haben die Staatsregierung bzw. Staatsministerien der Stadt Nürnberg bereits Zusagen zur finanziellen Unterstützung der künftigen Planungen zum Erhalt des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes gemacht?
- Welche Konzepte, Finanzierungsmaßnahmen und Betreibermodelle sind für das Gelände nach einer möglichen Sanierung für Unterhalt, Präsentation und erinnerungspädagogische Erschließung vorgesehen?
- In welcher Form wird der Landtag im Vorfeld möglicher Entscheidungen von der Staatsregierung informiert bzw. in diese einbezogen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident